

Recht so, könnte man sagen! Die ältesten Kernkraftwerke gehen vom Netz. Dann aber, bitte, nicht unbesehen in's nächste Abenteuer. 30 oder 40 oder bis zu 100 Prozent «Erneuerbare Energie» zur Strom-, Wärme-, Kraftstoffversorgung in den nächsten Jahrzehnten, alles erscheint momentan machbar.

Am Einsatz erneuerbarer Energie führt kein Weg vorbei, nicht erst seit dem Wahltag. Endlichkeit und Preise der Vorräte von Öl, Kohle und Uran, die Gefährdung des Erdklimas, Risiken bei Verwendung und Endlagerung von Kernbrennstoffen sind seit Jahren bekannt. Doch beim Ausbau einer alternativen Versorgung mit Wasserkraft, Bioenergie, Windkraft- und Solaranlagen etc. sollten wir nicht nur fragen, was ist erforderlich, bezahlbar und technisch möglich, sondern auch die Folgen bedenken; sei das für den Lebensraum, Städte und Landschaften; sei's für den Menschen hier und in anderen Ländern. Denn Folgen und Risiken sind mit jeder Energieerzeugung verbunden; da gibt es nichts zum Nulltarif.

Die Beispiele Kohlekraftwerke, Kernenergie ebenso wie die Entwaldung ganzer Landstriche für die Brennholzgewinnung lehren, Wirkungen nicht nur kurzfristig, einzelfachlich und kleinräumlich zu sehen, sondern auch langsam eintretende, unumkehrbare Folgen zu bedenken. Eine Windkraftanlage verändert auf einen Schlag das liebege-wordene Panorama. Maisplantagen wirken mit Grundwasserbelastung und Degradierung der Böden allmählich. Beim fragwürdigen «Spiel», lästige Anlagen oder ihre Auswirkungen in andere Länder zu verlagern, sehen wir gar nichts, die Folgen, beispielsweise hohe Nahrungsmittelpreise in Asien und Afrika, sind allenfalls eine Gewissensfrage.

Jetzt, da uns Interessenten täglich mit Informationen überschütten, sind bei der notwendigen Abwägung Realitätssinn, Nüchternheit und Ehrlichkeit nötig. Wichtige Faktoren können nicht weggeschoben werden: Trotz notwendiger und möglicher Steigerung der Energieeffizienz durch Energieeinsparung – seien es 20 oder 30 Prozent bis 2020 – ist der künftige Bedarf, insbesondere an elektrischem Strom, in unserem Land riesig und wird kaum abnehmen. Kleine, unauffällige Anlagen können den Bedarf nicht decken. Die unabweisbar notwendige Änderung der Energieversorgung

wird sichtbar werden, – es ist besser, wir machen uns das rechtzeitig klar.

Der Ausbau erneuerbarer Energie bedingt den Ausbau mehrerer hundert Kilometer langer, die Landschaft durchschneidender Verbundleitungen und von Speichieranlagen, z. B. für Strom und Gas, sowie lokale Verbundnetze für Fernwärme.

Alle Erzeugungsarten für erneuerbare Energie wirken in die bebaute oder unbebaute Landschaft hinein. Energiepflanzen – wie Mais und Raps – ergeben für rentable Ausbeute riesige Monokulturen. Solar- und Fotovoltaikanlagen verändern in Stadt und Land großflächig Dächer, Fassaden, Verkehrsanlagen und Freiräume.

Wasserkraftanlagen haben naturnahe Flußläufe schon fast verschwinden lassen, viel mehr große Windräder auf Hochlagen verändern trotz sehr kleiner Standfläche das Aussehen weiter Landschaftsräume. Geothermieprojekte haben schwer vorhersehbare Wirkungen im Untergrund, wie das Beispiel Staufen im Breisgau verdeutlicht.

Die häufig unerwünschten, unterschiedlichen Wirkungen der einzelnen Erzeugungsarten erneuerbarer Energie, aber auch deren Abhängigkeit von bestimmten, teilweise sehr knappen, landschaftlichen, klimatischen, hydrologischen Voraussetzungen ergeben eine Fülle von Interessenkonflikten. Diese Streitpunkte müssen offen ausgesprochen und in demokratischer Weise bewältigt werden. Das ist «Bringschuld» staatlicher Planung. Im ganzen dichtbesiedelten Land und seinen Regionen mit vielen kostbaren Kulturdenkmälern und Landschaften ist also unverzüglich die umfassende Erfassung, Bewertung und Regelung der Standortbereiche für alle erneuerbaren Energiearten nötig. Die meisten Daten zur Landschaft, zu Kultur- und Naturdenkmälern, Siedlung und Verkehrswegen etc. liegen in Dateien vor. Um diese auszuwerten, eine Abwägung und Planung vorzunehmen, eine Bürgerbeteiligung durchzuführen, gibt es erprobte Regeln der Landes- und Regionalplanung. Man kann diese Erfahrungen und Instrumente der Landesplanung positiv für eine verbindliche Richtlinie einsetzen. Denn für den landesweiten Ausbau der Versorgung mit erneuerbarer Energie ist eine umfassende, übergeordnete, fachübergreifende und vorausschauende Planung geboten. Nur für Pläne, die Interessen einzelner Investoren oder Gegner berücksichtigen oder gar nur auf der Verfügbarkeit des Grundstücks beruhen, ist unser Land zu schade!